

Zwei Staaten einzig stabile Lösung

Zur Lage in Israel vor der geplanten Friedenskonferenz

Im November wird US-Präsident George W. Bush Vertreter Israels, der Palästinenser sowie einiger arabischer Länder zu Friedensgesprächen nach Washington einladen. Was von diesem Treffen in den USA zu erwarten ist, welche Erwartungen man vor allem im Nahen Osten hegt, mehr dazu jetzt von Dr. Lars Hänsel, dem Landesbeauftragten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem.

Guten Tag Dr. Hänsel. Seit dem Scheitern von Camp David im Jahr 2000 herrscht unter Teilen der israelischen Regierung die Meinung vor, dass es auf palästinensischer Seite keinen Gesprächspartner gebe. Welche Erwartungen sind mit der jetzigen Konferenz verknüpft?

Dr. Lars Hänsel: Im vergangenen Juni hatte ja die radikalislamische Hamas gewaltsam die Kontrolle im Gazastreifen übernommen und daraufhin hatte dann der palästinensische Präsident Abbas eine Notstandsregierung ohne Beteiligung der Hamas in der Westbank eingerichtet. Das wurde dann von der israelischen Regierung als neue Chance gesehen. Und seitdem sieht der israelische Ministerpräsident Olmert Partner auf der palästinensischen Seite. Auswirkung ist unter anderem, dass sich Abbas und Olmert jetzt regelmäßig treffen, unter anderem auch um die geplante Konferenz in Washington vorzubereiten. Gleichzeitig versuchen alle Beteiligten die Erwartungen an diese Konferenz zu dämpfen. Man geht davon aus, dass es auf dieser Konferenz keine

konkreten Verhandlungen geben wird, sondern bestenfalls eine gemeinsame Erklärung. Olmert sagte kürzlich, bis zu einem Endstadium, also einer Lösung des Konfliktes etwa 20 bis 30 Jahre vergehen können. Selbst wenn es zu einer gemeinsamen Erklärung kommen sollte, die ich für sehr wahrscheinlich halte, weil Abbas, Olmert und die USA dringend politische Erfolge brauchen, dann bleibt die große Frage, ob die israelischen und palästinensischen Politiker die Kraft haben werden, dies umzusetzen.

Auch arabische Staaten sind zu der Konferenz eingeladen. Inwieweit ist der Erfolg von diesen Teilnehmer abhängig und wer könnte eingeladen werden?

Dr. Lars Hänsel: Bisher hatten die USA strikt abgelehnt Syrien einzuladen. Nun hat aber Condoleezza Rice bei ihrem letzten Besuch hier in der Region deutlich gemacht, dass sie Syrien gern dabei haben möchte. Eine offizielle Einladung an Syrien gibt es noch nicht, es bleibt auch abzuwarten, ob es dazu kommt. Dahinter stehen auch Auseinandersetzungen zwischen dem State Department und dem White House. Das State Department steht einer Einladung Syriens viel offener gegenüber. Eine Teilnahme Syriens könnte auch den Fokus der geplanten Konferenz verändern. Es ginge dann weniger um die Frage der Palästinenser und Israelis, sondern mehr um regionale Fragen, also die Unterstützung der Hisbollah und der radikalislamischen Hamas durch Syrien und den Iran. Also ist weder klar, ob es eine Einladung geben

27. September 2007

www.kas.de

[audio:link](#)

wird, oder ob Syrien selbst überhaupt teilnehmen will. Ein anderer potentiell wichtiger Teilnehmer ist natürlich Saudi-Arabien. Die Saudis möchten gern auch andere arabische Staaten bei der Konferenz dabei haben, damit sie ihre eigene Teilnahme rechtfertigen können. Auch die Türkei wäre gern dabei, aber auch sie ist bisher nicht eingeladen worden.

Welchen Stellenwert nimmt diese geplante Konferenz in der langen Tradition der Friedensbemühungen ein?

Dr. Lars Hänsel: Die jetzt geplante Konferenz wäre seit dem Camp - David – Gipfel aus dem Jahr 2000 wieder einmal ein Gipfeltreffen unter den Konfliktparteien. Nach Camp David brach damals die Intifada aus, die den Friedensprozess völlig zum Erliegen gebracht hat. Die Zeit der Intifada hat dann sehr radikal das Vertrauen auf beiden Seiten zerstört. Und zwar so radikal, dass man heute nicht einfach wieder an Camp David anknüpfen kann. Außerdem sind in der Zwischenzeit einige andere Dingen geschehen. Vor zwei Jahren hat sich Israel aus dem Gazastreifen zurück gezogen, aber bis heute fallen von dort täglich Kassam-Raketen auf Israel. Auch Selbstmordattentate werden weiterhin geplant. Vor wenigen Tagen wurde zum höchsten israelischen Feiertag, Jom Kippur, ein großes Selbstmordattentat in Tel Aviv geplant, das die israelische Polizei in letzter Minute verhindern konnte. Verhandlungen sind also von dieser Washingtoner Konferenz nicht zu erwarten. Man kann diese Konferenz meiner Meinung nach eher mit der Madrid-Konferenz von 1991 vergleichen. Hier hatte übrigens Syrien teilgenommen, und von dieser Konferenz gingen dann die entscheidenden Impulse für die bilateralen Verhandlungen im Oslo-Prozess aus. Zum Beispiel auch für die Verhandlungen mit Jordanien, die dann später zu einem Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien geführt haben.

Israels Premier Ehud Olmert ist sehr daran gelegen, vor allem die Fatah zu stärken. Olmert und Abbas haben sich in letzter Zeit mehrmals getroffen. Trägt die Freilassung

palästinensischer Gefangener zu dieser Stärkung bei?

Dr. Lars Hänsel: Das ist eine Frage, die ich nicht abschließend einschätzen kann. Es ist aber sicherlich ein Element Abbas zu stärken. Es gibt noch andere Dinge, dazu gehört auch die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit. Ich glaube, dass Abbas mit der Freilassung zumindest der palästinensischen Bevölkerung zeigen kann, dass sich Verhandlungen lohnen. Und nicht Gewalt. Schon im Juni hatte Olmert 250 palästinensische Gefangene freigelassen. Jetzt sind es noch einmal knapp 100. Für Israel ist es ein schwieriger Schritt, den Olmert in seinem eigenen Kabinett auch gegen Widerstände durchsetzen musste. Hier in Israel wartet man immer noch auf die Freilassung von Gilad Shalit, dem israelischen Soldaten, der vor seit einem Jahr im Gazastreifen von Palästinensern festgehalten wird. Aber ich glaube, diese Freilassung als Geste zum Ramadan ist ein Schritt, der auch zu der neuen Atmosphäre des neuen Zugehens der israelische Regierung auf die Palästinenser gehört.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern nehmen teilweise besorgniserregende Dimensionen an. Israel hat den Gazastreifen zum „feindlichen Gebiet“ erklärt. Welche Auswirkungen kann eine Spaltung der palästinensischen Bevölkerung für die gesamte Region haben?

Dr. Lars Hänsel: Ich glaube, den Gazastreifen zu feindlichem Gebiet zu erklären, ist auch ein Stück Hilflosigkeit. Die israelische Seite weiß diesem einfach nicht zu begegnen, um insbesondere die Kassam-Raketen zu stoppen. Ein Abgeordneter, mit dem ich neulich gesprochen habe und der ungefähr fünf Kilometer vom Gazastreifen entfernt wohnt, sagte mir, dass man aus seiner Perspektive alles probiert habe. Man hat sich zurückgezogen, man hat die Grenzen geöffnet und geschlossen, man hat militärisch operiert, man hat Abschussrampen beschossen...nichts hat zum Stopp der Kassam-Raketen geführt. Übrigens hat auch Condoleezza Rice sofort reagiert und gesagt, dass auch für die USA die Hamas ein Feind ist. Auch Mahmoud

27. September 2007

www.kas.de

[audio:link](#)

Abbas lehnt Verhandlungen mit der Hamas ab, bekämpft sie. Sein Kalkül ist, dass er aus Washington mit einem guten Deal zurückkommen kann und damit die Bevölkerung hinter sich bringt, wodurch die Hamas weiter isoliert wäre. Ob diese Rechnung aufgeht, scheint mir im Moment fraglich. Immer noch werden die innerpalästinensischen Konflikte gewaltsam ausgetragen, was ein großes Hindernis für den Aufbau eines palästinensischen Staates ist, der ja alle palästinensischen Gebiete, also auch den Gazastreifen, umfassen soll. Ich glaube auch moderate Staaten wie Ägypten, Jordanien oder auch Saudi-Arabien befürchten, dass die Radikalen sich in ihren Ländern ein Beispiel an der radikalislamischen Hamas nehmen könnten. Deswegen haben gemäßigte arabische Länder überhaupt kein Interesse an einem „Hamastan“ im Gazastreifen.

Wir wissen nicht, ob diese Rechnung aufgeht, aber es gibt mehrere Szenarien zur Lösung des Nahost-Konfliktes: die Zwei-Staaten-Lösung ist genauso im Gespräch, zu der auch eine Teilung Jerusalems gehören würde. Welches Szenarium findet zur Zeit in Israel am meisten Zustimmung?

Dr. Lars Hänsel: Alle Umfragen in Israel zeigen um Moment, dass eine übergroße Mehrheit eine friedliche Einigung mit den Palästinensern möchte. Eine ebenso große Mehrheit hält es aber angesichts der Lage in den palästinensischen Gebieten und der palästinensischen Führung für völlig unrealistisch, dass es eine solche Einigung in absehbarer Zeit geben wird. Die einzig stabile Lösung wird hier in Israel nach wie vor in einer Zwei-Staaten-Lösung gesehen. Das heißt einem palästinensischen Staat an der Seite Israels. Auch ich persönlich halte das für die einzig stabile Lösung. Leider gerät diese Zwei-Staaten-Lösung aber immer mehr in Gefahr. Deshalb diskutiert man andere Möglichkeiten. Palästinensische Intellektuelle diskutieren einen binationalen Staat, der vom Jordan bis zum Mittelmeer gehen soll, ein Staat, in dem Israelis und Palästinenser zusammen leben. Das bedeutete aber sofort das Ende des Staates Israel als jüdischen Staat, weil die Palästinenser ja in der Mehrheit wären.

Allein deshalb kann sich Israel nie auf diese Konzeption einlassen. Auch eine Konföderation der palästinensischen Gebiete mit Jordanien wird neuerdings wieder diskutiert, offiziell gibt es dazu keine Stellungen. Aber selbst im jordanischen Königshaus sieht man eine stärkere Bindung der Palästinenser an Jordanien immer noch als besser an als instabile Verhältnisse. Ein stärkeres Engagement Jordaniens könnte vielleicht sogar für den Ostteil Jerusalems eine Lösung finden. Die religiöse Stiftung, die heute den Tempelberg überwacht, wird von Jordanien kontrolliert. Ost-Jerusalem und die heiligen Stätten haben gemäß der Osloer Friedensverträge bisher nie zu den palästinensischen Autonomiegebieten gehört. Sie haben einen völkerrechtlichen Sonderstatus. Ich halte es für sehr wichtig, dass die Zukunft Jerusalems und der heiligen Stätten in einem zukünftigen Friedensabkommen geregelt wird.

Dr. Hänsel, vielen Dank für Ihre Einschätzung der Lage in Israel. Alles Gute für Sie.